



## Kristina Schröder zum Internationalen Frauentag: 'Chancengleichheit ist ein Wettbewerbsfaktor'

Kristina Schröder zum Internationalen Frauentag: "Chancengleichheit ist ein Wettbewerbsfaktor" <br /> <br /> Bundesfamilienministerin besucht Partnerunternehmen des "Regionalen Bündnis für Chancengleichheit" <br /> Anlässlich des internationalen Frauentages besucht die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, heute (Freitag) die Rittal GmbH <br /> Co. KG in Herborn, ein Unternehmen der weltweit agierenden Friedhelm Loh Group. Die Friedhelm Loh Group ist Partnerunternehmen des "Regionalen Bündnis für Chancengleichheit", dem größten Unternehmensbündnis für mehr Frauen in Führungspositionen in Deutschland. Die Bundesfamilienministerin trifft sich mit Vertretern und Vertreterinnen der am Bündnis beteiligten Unternehmen und informiert sich über Maßnahmen zur Frauenförderung. <br /> "Für faire Chancen und für Entgeltgleichheit zu sorgen, ist nicht nur Teil der unternehmerischen Verantwortung, sondern liegt im ureigenen Interesse des Unternehmens. In Zeiten des demografischen Wandels wählen die gut qualifizierten Fachkräfte ihren Arbeitgeber sehr genau aus. Ob Familie und Beruf vereinbar sind und ob es faire Aufstiegschancen unabhängig vom Geschlecht gibt, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Chancengleichheit wird für die Arbeitgeber damit zum Wettbewerbsfaktor. Die Loh Group und die anderen Unternehmen der 'Regionalen Bündnisse für Chancengleichheit' im Lahn-Dill-Kreis haben das verstanden", so Kristina Schröder. <br /> Die insgesamt zehn "Regionalen Bündnisse für Chancengleichheit" sind 2012 auf Initiative von Bundesministerin Kristina Schröder entstanden: 100 Unternehmen aus unterschiedlichen Regionen und Branchen - große wie mittelständische, öffentliche wie private - entwickeln bis Mitte 2013 betriebsindividuelle Ziele zur Erhöhung ihres Frauenanteils in Führungspositionen. Die Unternehmen werden dabei von der EAF - Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft begleitet. <br /> Eingebunden sind auch die Spitzen der Kommunalpolitik, insbesondere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte. Gemeinsam haben sich Politik und Wirtschaft verpflichtet, die beruflichen Aufstiegschancen von Frauen zu verbessern und notwendige Strukturen für mehr Chancengleichheit zu schaffen. <br /> <br /> Weitere Informationen finden Sie unter [www.regionale-buendnisse.de](http://www.regionale-buendnisse.de) und [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de) <br /> <br /> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) <br /> Glinkastraße 24 <br /> 10178 Berlin <br /> Deutschland <br /> Telefon: 030 18 / 555 - 0 <br /> Telefax: 030 18 / 555 - 1145 <br /> Mail: [poststelle@bmfsfj.bund.de](mailto:poststelle@bmfsfj.bund.de) <br /> URL: <http://www.bmfsfj.de/> <br /> <img alt="Small icon of a document with a lightning bolt" data-bbox="400 380 415 395"/> [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pnr\\_=525437](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=525437) width="1" height="1">

### Pressekontakt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

10178 Berlin

[bmfsfj.de/](http://bmfsfj.de/)  
[poststelle@bmfsfj.bund.de](mailto:poststelle@bmfsfj.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

10178 Berlin

[bmfsfj.de/](http://bmfsfj.de/)  
[poststelle@bmfsfj.bund.de](mailto:poststelle@bmfsfj.bund.de)

Um den gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen, hat die Bundesregierung eine nachhaltige Familienpolitik zu ihrem Markenzeichen gemacht: Ein neuartiger Mix aus Ausbau der Infrastruktur, familienfreundlicher Unternehmenskultur und neu zentrierten monetären Leistungen schafft wirtschaftliche, aber auch zeitliche Spielräume für die Familien und erhöht damit die Lebensqualität für Eltern und Kinder. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz soll bis zum Jahr 2010 das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren um 230.000 neue Plätze steigen. Dieses Gesetz verpflichtet die Kommunen, bis 2010 ein ausreichendes Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen zu schaffen.